

Eingabe zur KVG Liniennetzreform: Umweltverbände fordern weitere Nachbesserungen

In der überarbeiteten Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung üben die Kasseler Umweltverbände ADFC, BUND, VCD, PRO BAHN und Umwelthaus sowie der AStA der Uni Kassel weiterhin Kritik an der KVG Liniennetzreform. Darüber hinaus fordern sie den Einstieg in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Dazu soll die Stadtverordnetenversammlung einen Planungsauftrag für die Straßenbahn im Korridor Rothenditmold/Harleshäuser Straße erteilen.

Die Umweltverbände sehen in der überarbeiteten Fassung der Liniennetzreform immer noch deutlichen Nachbesserungsbedarf. Für die Ihringshäuser Straße fordern die Umweltverbände, die Linie 6 abends länger (bis 24 Uhr) und am Wochenende früher fahren zu lassen. So würde wie bisher zusammen mit der Linie 3 ein 15-Min.-Takt aufrechterhalten bleiben wie auf allen anderen Hauptkorridoren der Straßenbahn (Netzebene 1).

Die Bedienung des Abschnitts Scheidemannplatz-Bahnhof Wilhelmshöhe durch die Linie 7 muss auch am Wochenende gewährleistet sein. Ebenso fordern die Verbände die Anbindung des Bergparks Wilhelmshöhe auch am frühen Samstag- und Sonntagmorgen, was bisher nicht vorgesehen ist.

Auf den stark genutzten Korridoren (Netzebene 1) ist es aus Sicht der Verbände wichtig, den verdichteten Verkehr am Wochenende eine Stunde früher als bisher geplant aufzunehmen.

Weitere Forderungen sind:

- Erschließung des Lindenberg mit Bus: Führung der Linie 35 über Ochshäuser Straße zum Leipziger Platz und Nachbesserung am Abend und am Sonntag
- Bus 12 oder 13 ab Simmershäuser Str. nach Wolfsanger.
- Kein Tausch der Südwest-Äste der Linien 3 und 4.
- 90er AST: sonntags Angebot von 10.00 bis 24.00 Uhr
- Einheitliche Reiseketten (möglichst keine Linienbrechungen) bei Linie 1, 5 und 7 und bei Bussen

Mit der vorliegenden Liniennetzreform soll der Zuschussbedarf um ca. 1 Mio. Euro verringert werden (300.000 € Einsparung, 700.000 € Mehreinnahmen). Diese 1 Mio. Euro sollen nach dem Willen der Umweltverbände weiterhin dem Nahverkehr zur Verfügung stehen.

Bei Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zur Eingabe würden die Umweltverbände die Proteste gegen die Reform beenden.